

Arbeiterstimme

Tagesszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

Verleger: Die Kommunistische Partei Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Internationale, Dresden, Hauptstadtstr. 1. L. 1. Druck- und Verlagsanstalt: Die Arbeiterstimme, Dresden, Hauptstadtstr. 1. L. 1. Preis: 20 Pf. (Einzelnummer) 1.50 (Monat) 4.50 (3 Monate) 12.00 (6 Monate) 24.00 (1 Jahr). Abonnementpreise für den Ausland: 1.50 (Monat) 4.50 (3 Monate) 12.00 (6 Monate) 24.00 (1 Jahr). Abonnementpreise für den Ausland: 1.50 (Monat) 4.50 (3 Monate) 12.00 (6 Monate) 24.00 (1 Jahr). Abonnementpreise für den Ausland: 1.50 (Monat) 4.50 (3 Monate) 12.00 (6 Monate) 24.00 (1 Jahr).

1. Jahrgang Dresden, Montag den 14. September 1925 Nummer 130

Der Parteitag der Reformisten

Die Eisenbahner lehnen den Schiedsbruch ab — Strelemann unter deutschnationaler Aufsicht — Aufstand in Französisch-Indochina — Sozialdemokrat Bennetow gegen die Russlandbege der SPD.

Heidelberg, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialdemokratische Parteitag ist am Sonntag in Heidelberg durch eine Begrüßungsfeier eröffnet worden. Breite schwarz-rot-goldene Fahnen verdeckten das rote Tuch der Bühnenvorstellung. Ein großes Ovalegemälde des Eberts schmückte die Bühne. Es bringt den Wunsch des Parteitages zum Ausdruck, Eberts politische Haltung als grundlegende Linie auf dem Parteitag durchzuführen. Ein Vertreter der Heidelberger Parteioffiziere schreibt die Tatsache, daß Heidelberg zum Tagungsort gewählt wurde, dem Umstand zu, daß Heidelberg die Geburtsstätte Eberts ist. Darauf sprach Otto Bauer. Er erinnert an den Parteitag von 1906 in Mannheim, ohne über die so wichtigen Auseinandersetzungen der Sozialisten auf diesem Parteitag auch nur ein Wort zu sagen. Wels kündigt bereits das Kompromiß in dem schließlichen Parteikonflikt an und gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die sozialdemokratische gewollte Außenpolitik, die Erfüllungspolitik heute von den Regierungsparteien durchgeführt werde. Die Politik der SPD habe nur noch sekundäre Bedeutung. Er weist auf die tatsächlichen Auseinandersetzungen in der SPD hin und erklärt, die Kommunistische Partei sei in der Zerlegung begriffen. Er kämpft ganz hauptsächlich auf die Russland-Delegationen. Man verfolge sozialdemokratische Arbeiter nach Sowjetrußland zu schicken, um ihnen Potemtschinsche Dörfer zu zeigen, sie zu Parteipandemonten zu benutzen. Wels hält den Nachruf auf Ebert. Die deutschen Sozialdemokraten hätten 1919 das Chaos verhindert. Sie kämpften jederzeit für den Staat. Sie betrachteten diese Republik als ihre Republik. Der Unmut der Gegner vor rechts habe Ebert das Herz gebrochen. Wels erklärte dann: „Der Gastrieg der Lüge und Verleumdung kann nur gefährlich werden, wenn der Glaube an die Führerschaft ins Wanken kommt.“ Zur Opposition in der SPD und Steuerpolitik in der Regierung erklärt Wels, daß diese Opposition eine neue Position für die Partei der Sozialdemokraten im heutigen Staat schaffen solle, das heißt mit anderen Worten, sie solle eine neue Koalitionsregierung mit dem Bürgertum und den Sozialdemokraten vorbereiten. Wels schließt mit pathetischen Worten über die Aufgaben des neuen Geschlechts, zu dem er sich und die veränderte Parteivorstandsbureaucratie zählt. Zum Vorstand des Parteitages werden Meier, Geil und Wels gewählt. Die bisherige Geschäftsordnung wird bestätigt. Darauf wird die Tagesordnung festgelegt. Hierauf verliest Wels die Begrüßungsreden. Weder die englische Labour Party noch die französische Sozialdemokratische Partei haben einen Vertreter entsandt. Ein Vertreter Polens, ein Vertreter Oesterreichs und 2 Tschechen, der Menschewitsch Garde, der frühere Gesandte aus dem früheren Sowjetrußland Georgien, sind anwesend. In die Programmkommission werden auf Vorschlag des Parteivorstandes Robert Schmidt, Paul Levi und Meier gewählt.

Schon die Einleitung zu diesem Parteitag zeigt, was von demselben zu erwarten ist. Der Sachkonflikt wird höchlich wieder mit einem friedlichen Ausgleich enden. Wie mitgeteilt wird, sind alle 23 sächsischen rechten sozialdemokratischen Abgeordneten unter der Führung des Ministerpräsidenten Heide in Heidelberg eingetroffen. Zum Sachkonflikt soll angeblich Einigkeit sein. Einleitend, der eine Erklärung unterschrieb, daß die Aufnahme der 23 durch die Schiedsgerichte gebilligt werden müsse!

Die sozialdemokratische Presse verurteilt den Parteitag zu glanzlos, er stehe unter dem Zeichen des Kampfes gegen Zoll- und Steuerwucher. Jeder Arbeiter weiß aber, daß der „Kampf“ von den Sozialdemokraten nur mit einem großen Aufwand von parlamentarischen Reden geführt wurde. Einen praktischen Kampf führte die SPD nicht. Als besonderen Ruhm gebend die SPD-Presse der Tatsache, daß sie rühmlich und tapfer die westliche Orientierung der deutschen Kapitalisten von jeder vertreten habe. Dabei schlägt die „Dr. Kollatz“, folgenden Gallo:

„Während wir also außenpolitisch die Regierung außer bei der Erfüllung des Dames-Planes zu unterstützen haben, gilt ihr innerpolitisch unser schärfster Kampf.“

Dabei weiß jedes politische Kind, daß eine Außenpolitik nicht unabhängig von der Innenpolitik geführt werden kann. Die Unterdrückungs- und Ausplünderungspolitik im Innern entwirrt dem außenpolitischen Kurs der deutschen Schwerindustrie. Denn die SPD die Außenpolitik, muß sie naturgemäß auf jeden ersten Kampf gegen die Kahl-, Schlot- und Krant-Barone verzichten.

In ihrem neuen Programm, das man mit vieler Mühe in einem Regent zusammenzubringen gedenkt, der auch den ehemaligen Unabhängigen ein wenig Kramel und das genügt

Land gibt für die Arbeiter, fehlt nach wie vor jedes Erkenntnis zum Klassenkampf. Wilt wird man gegen den Kolonialismus kämpfen und auf den Boden der in Breslau proklamierten „Wirtschaftsdemokratie“ treten. Damit wird man dann auch die Haltung der 23 rechten Abgeordneten in Sachen rechtfertigen und der „Dresdner Anzeiger“ dürfte Recht haben, wenn er schreibt: „So ist nicht anzunehmen, daß die 23 Sachsen ein Heidelberger Panzertank trifft.“ Die lächliche Bourgeoisie erwartet, daß der Parteitag die Koalition in Sachen sanktioniert. Sie wird höchlich keine Enttäuschung erleben.

Die „D. A. S.“ zum Parteitag der SPD.

Trotz des großen Geschreis der SPD, hat das Bürgertum, insbesondere die Schwerindustrie, nur Hohn und Spott für die völkerverfeindende Sozialdemokratie. Wie wenig ernst die Partei als Klassenkampfpartei genommen wird, zeigen folgende Ausführungen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“:

„In Heidelberg beginnt der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. Die journalistische Hundstunde der sozialdemokratischen Provinzpresse wird nach altem Konzept auch dieses Konvent wieder „einen Marsch in der Geschichte des Klassenkampfes“ nennen, ohne verhindern zu können, daß das Lächeln der Richtigen in diesem Jahre noch munterer und das der Einzelgriechen noch lustiger ausfällt als früher. Nicht nur wegen der inneren Zerissenheit und Ziellosigkeit der Partei und nicht nur wegen des außergewöhnlichen Mitgliederwachstums gerade in ihren Hochburgen — das können auch Epiloden sein, auch die politische Wetterkarte kennt wandernden Niederdruck. Jedoch — selbst der landläufige und oft bewährte Optimismus der Sektionsorgane nähert sich, wenn auch widerwillig, der Erkenntnis, daß es sich nicht nur um frischen Epiloden, sondern um Symptome des Zerfalls handelt — und verliert damit seine Schwungkraft. Der ironische Scherz vom „Untergang des Jahresbundes“ hat schon keine tiefere Bedeutung, und gerade die wehmütige Verlebe, mit der sich die Parteigeschichtsschreiber so gern in die Erinnerungen an die „großen Zeiten des Sozialistengesetzes“ verliert, ist ein Kennzeichen dafür...“

Die Sozialdemokratie war zweifellos einmal eine Volkspartei. Nebenbei: auf Kredit ihrer Versprechungen. Es gab einen wertvollen Volksteil, der daran glaubte, und eine Jugend, die dafür zu kämpfen erlitten und begeisterten Willens war. Dann wurde sie eine Massenpartei, was keine Rangeshöhung bedeutete. Aus der Welt des verpflichtungslosen Pathos, in der alle Rinken gerade Zahlen sind, gewissermaßen aus der politischen vierten Dimension, geriet sie in den Raum der menschlichen und sozialen Wirklichkeit, wo sich bekanntlich die Dinge hart aneinanderstoßen — es gab ein mögliches Geschick. Wäre damals nicht die verurteilte Bourgeoisie und der „Nucheladene“ Rest altpreußischer Mannesguts den unermüdeten in die „Macht“ geratenen Delegationen und Revolutionskummetern zu Hilfe gekommen, es wäre kein Auge trocken geblieben. Sie wurden dann zu „Realpolitikern“, doch mit dem Gürtel und dem Schleier war auch der schone Wahn entzogen. Seitdem führt sich etwas in der alle Böller außer dem eigenen bestehenden Sozialdemokratie...“

Die Kernkraft der Führer gebietet Betriediamkeit. Es stimmt was nicht. Der Parteitag wird, um im Jargon der Parteikorrespondenten zu sprechen, „gründliche und erschöpfende Arbeit leisten“. Besonders in den mit Recht so beliebten Kommisionen. Dem Bürgertum wird empfohlen, schon jetzt zu zittern. Der Tagungsort ist nicht zufällig gewählt, man erhofft von der Geburts- und letzten Ruhestätte Friedrich Eberts, der beinahe einmal aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen worden wäre, jene geistige Befruchtung, die vom lebenden Inventar nicht unbedingt zu erwarten ist. Von Parallelen werden die Wortführer herbeizitiert und die Gnadenlöhne der internationalen Klassenkämpfer Herrist und Wandersolde widerleuchten lassen. Sie werden sich und ihr Tun, im Gegensatz zur Umwelt, für ein weltumwendendes Ereignis halten und sich mit Eifer gegenseitig überschänken, werden von ihrer Zukunft reden, als der einzigen Zeitform, in der sie sich noch nicht blamiert haben — und nicht merken, wie endgültig sie von gestern sind...“

Aufstand in Französisch-Indochina

Nach Meldungen aus Paris ist Französisch-Indochina von einem Aufstand befallen. Die Militärbehörden haben Verstärkung und Material gefordert.

Karrenposten im Bülferbundtheater

Genf. Der spanische Vertreter Antonios Teseon reichte dem Bülferbundrat eine Resolution zum Garantiepakt ein, in welcher der Rat aufgefordert wird, der nächsten Bülferbundversammlung einen ausführlichen Bericht über den bis dahin abgeschlossenen Sicherheitspakt zu unterbreiten, damit die Bülferbundversammlung über die Rechte und Pflichten des Bülferbundes im Garantiepakt sich genau informieren, was heißt also, daß die Herren Deland, Chamberlain und Compagnie, die heute in Genf sitzen, als Hauptmacher des Garantiepactes an sich selber einen Bericht richten.

Die Heidelberger Tagung

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie findet dieses Jahr im Schatten des Pariser Kongresses statt. Der Internationale Kongress von Parise hat in den wichtigsten Fragen die Marschrichtung der Zweiten Internationale festgelegt. Die deutsche Delegation war auf dem Pariser Kongress die stärkste. Nicht nur die Vertreter des Berliner Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion waren in reicher Zahl anwesend, sondern auch eine erhebliche Anzahl von Provinzvertretern haben an den Beschlüssen von Parise mitgewirkt. An eine Revision der Pariser Beschlüsse durch den deutschen Parteitag der SPD ist also nicht zu denken. Damit ist die Stellungnahme des sozialdemokratischen Parteitages zum Krieg, zum Garantiepakt, zur östlichen und westlichen Orientierung bereits vorweggenommen. Ueberrassungen in diesen Fragen sind nicht zu erwarten. Bei der inneren Schwäche und politischen Haltlosigkeit der austramarxistischen Opposition in der deutschen Sozialdemokratie kann auch nicht damit gerechnet werden, daß diese Opposition in den imperialistischen Fragen mit einer eigenen politischen Plattform in prononciert Weise hervortreten wird.

Eins ist jedoch für diesen Parteitag charakteristisch. Es ist der erste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach der Revolution, den diese Partei als Oppositionspartei gegen die führende Regierung abhält. Die Sozialdemokratie verfügt über die stärkste Fraktion im Deutschen Reichstag. Sie hat außerdem großen Einfluß auf die Gewerkschaftsführung. Eine starke, zielbewusste, vor keiner Konsequenz zurückweichende Opposition dieser Partei könnte einer kapitalistischen Regierung manche Ruh zu machen geben. Kein instinktiv fühlen dies auch die proletarischen Anhänger der Sozialdemokratie. In den Diskussionen, die unter den sozialdemokratischen Arbeitern geführt werden, tritt immer wieder das Verlangen hervor, die SPD müsse sich von der Koalitionspolitik abenden. Die jetzige Opposition gegenüber der Luther-Regierung dürfe kein Randver sein mit dem Ziel einer Regierungsabstimmung zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Koalitionspolitik oder proletarische Einheitsfront zum Sturz der Bourgeoisie. So steht die Frage vor der Arbeiterchaft. Der Parteitag wird sich wiederum für die Koalitionspolitik und gegen die proletarische Einheitsfront entscheiden. Damit ist auch die Stellung aller Klassenbewegten revolutionären Arbeiter gegenüber der Sozialdemokratie gegeben.

Nach dem Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Heidelberger Parteitag beträgt die Gesamtmitgliedszahl der SPD. zurzeit 844 488. Es wäre interessant, die soziale Zusammensetzung dieser Mitgliedermasse zu kennen. Noch richtiger wäre es, zu erfahren, aus welchen Schichten sich der innerhalb eines Jahres eingetretene Mitgliederverlust von rund 100 000 Mitgliedern zusammensetzt. Der sozialdemokratische Parteivorstand geht jeder genaueren Untersuchung der Ursachen des Verlustes vorzüglich aus dem Wege. Er beschränkt sich auf einige allgemeine Redensarten über die schlechte Wirtschaftslage. Nun war die Wirtschaftslage im abgelaufenen Berichtsjahr erheblich günstiger als in vielen Jahren zuvor. Die Wahrheit, die der sozialdemokratische Parteivorstand nicht zugehen will, ist, daß es die Politik der Partei war, die diesen Verlust an Mitgliedern herbeigeführt hat. Und zwar sind es überwiegend proletarische Elemente, die der SPD den Rücken gekehrt haben, weil sie die fortwährende Verbürgerlichung „ihrer“ Partei nicht mehr länger mit ansehen konnten. Sie sind heute in ihrer übergroßen Mehrzahl politisch passiv.

Die Wahl Heidelbergs als Tagungsort soll eine Ehrung des verstorbenen Führers Ebert sein. Eberts Geist und Eberts Politik wird den Parteitag beherrschen, wie er die Politik der Partei beherrscht. Eberts Politik war die Einschränkung der Kräfte des deutschen Proletariats für die Interessen der Bourgeoisie. Eberts Geist herrscht fort in der Diplomatie des rechten Führerlagers, der die Partei beherrscht und von dem Hermann Müller während des Scheiterns gegen die 30er so glänzende Proben gegeben hat.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Parteitages ist die Beratung eines neuen Programms. Dieses Programm, mit einigen pervertierten Fiklen der abgelebten Prinzipien von ehemals befeidet, ist ein typisches Reichsbürgerliches Reformprogramm, in dem die aus dem Erstarren Programm übernommenen Teile wirken wie Versteinerungen in einem Raueum. Einige der maßgebenden rechten Führer haben